

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mk., bei Gelbstaßholung 7,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 40 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2,50 Mk., bei Platzvorschrift 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk.; Reklame-Kolonelle 10.— Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Eine Mahnote der Reparationskommission.

Die fälligen Zahlungen sind aufzubringen.

Paris, 3. Dezember. (Savas.) Die Reparationskommission hat unter dem 2. Dezember folgende Mitteilung an die deutsche Regierung geschickt:

Die Reparationskommission erinnert die deutsche Regierung an die mündlichen Erklärungen, die sie und der Reichskanzler ihr anlässlich ihres Berliner Aufenthaltes gegeben hatte und die, kurz wiederholt, folgende sind:

1. Nachdem die Reparationskommission von den Arbeiten des Garantiausschusses Kenntnis genommen und die von dem Reichskanzler gegebenen Erklärungen sowie seiner Vertreter bezüglich der Maßnahmen, die die deutsche Regierung vorgenommen hat oder vorzunehmen gedenkt, um die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Zahlungen sicherzustellen, angehöret hat, besteht sie ausdrücklich bei der deutschen Regierung darauf, daß die letztere alle ihre Aufmerksamkeit unverzüglich den erforderlichen Maßnahmen schenkt, um die fälligen Zahlungen am Verfallstage sicherzustellen. Die deutsche Regierung möchte die schweren Folgen bedenken, die notwendigerweise daraus für Deutschland entstehen, wenn es am Verfallstage seine Zahlungen nicht erfüllt. Die Reparationskommission fordert die deutsche Regierung dringend auf, entweder bei den Staatsoberhäuptern die notwendigsten Maßnahmen zu ergreifen, oder bei ausländischen Geldverleihern alle Ansuchen zu machen, um die erforderliche Ergänzung ausländischer Devisen zu erhalten.

2. Die Reparationskommission ist überzeugt, daß die Schwierigkeiten, die der deutschen Regierung begegnen, Schwierigkeiten sind, die eng mit der neuerlichen Waise des Krowwertes der Mark verknüpft sind und mehr einen finanziellen als einen wirtschaftlichen Charakter darstellen: sie sind in hohem Maße durch die Tatsache bedingt, daß die deutsche Regierung es versäumt hat, breiten die erforderlichen Mittel zu erwirken, um sein Budget derart ins Gleichgewicht zu bringen, daß die öffentlichen Ausgaben nicht in einem immer größer werdenden Maße durch die der Regierung von der Reichsbank zur Verfügung stehende Kreditlinie gedeckt werden können. Die Reparationskommission fordert die deutsche Regierung dringend auf, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zur Gewinnung der Finanzlage zu ergreifen.

Neue Sanierungspläne des englischen Kabinetts.

Berlin, 3. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Volkszeitung erfährt, daß das englische Kabinet den Gedanken eines Moratoriums abgelehnt haben soll. Die Regierung habe einen anderen, gleichwertigen Vorschlag ausgearbeitet, der zur Sanierung der Finanzen Deutschlands wesentlich beitragen soll, über dessen Art jedoch vorläufig Stillschweigen beobachtet wird. Es soll auch, bevor hierüber Mitteilung gemacht wird, untersucht werden, wie sich die französische Regierung zu dem englischen Vorschlag stelle. Die ganzen Konferenzen, die in dieser Woche über die Reparationsfragen und damit zusammenhängende Probleme in England abgehalten worden sind, hätten sich sozusagen zufällig entwickelt, sie sollen nicht auf dem Programm gestanden haben, dem Rathenaus Reise dient.

Die Bedingungen Frankreichs.

Berlin, 3. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der Temps beschäftigt sich mit dem Zahlungsausschuß für Deutschland. Er möchte das Wort Moratorium vermeiden wissen und lieber von Zahlungsausschuß sprechen, den die Reparationskommission nach den Bestimmungen des Paragraphen 234 gewähren könne. Frankreich habe allerdings Grund zu der Forderung, daß dieser Paragraph durch das Abkommen von London beseitigt sei, aber als im Mai davon gesprochen wurde, daß die Reparationskommission Deutschland mitteilen solle, der Paragraph 234 gelte fortan nicht mehr, habe Lord George seine Zustimmung verweigert. England betrachte also den Paragraphen als zu Recht bestehend. Der Temps stellt nun die Bedingungen auf, die gestellt werden müßten, wenn über einen solchen Zahlungsausschuß verhandelt werde. Es sind folgende:

1. Der Ausschub kann nur zugestanden werden, wenn Deutschland ihn verlangt und dieses Verlangen rechtfertigt.
2. Der Ausschub darf die Gesamtschuld in ihrem jetzigen Wert nicht verringern.
3. Der Ausschub beschränkt sich nur auf die Verzinsungen, das Wiederabenden Abkommen muß durchgesetzt werden, unabhängig von ähnlichen Verträgen, die andere Verbündete mit Deutschland schließen könnten.
4. Zwischen Deutschland und den Verbündeten muß vereinbart werden, daß fortan die Entscheidung, welche die Reparationskommission nach Paragraph 234 trifft nur auf einstimmigen Beschluß in Kraft treten kann.
5. Der Ausschub kann nur gewährt werden wenn Deutschland sich verpflichtet, Maßnahmen zur Sanierung seiner Finanzen zu treffen und darf zurückgenommen werden falls Deutschland diese Verpflichtung nicht erfüllt. Unter diesen Maßnahmen vertritt der Temps Finanzkontrolle durch einen alliierten und neutralen Kom-

missar, die hauptsächlich auf die Verminderung des Papiergeldumlaufes sehen müssen.

6. Deutschland muß außer dem Zahlungsausschuß eine Anleihe erhalten, von der ein Teil als Anzahlung auf die ausgesetzten Zahlungen zu verwenden ist.

Die Verhandlungen in London.

London, 2. Dezember. Die Reparationsfrage steht nach wie vor im Vordergrund der Presseerörterungen. Gestern nachmittag fand unter dem Vorsitz von Lord George eine Konferenz des Finanzausschusses des Kabinetts statt, der sich mit dem augenblicklichen Stande der Reparationsfrage befaßte. Anwesend waren u. a. Churchill, Evans, Chamberlain und Horne. Dem Ausschub lag der Bericht des Schatzamtes über die Reparationsfrage vor. Laut Daily Telegraph ist die Arbeit des Ausschusses der Minister und Schatzamtschefsverständigen jetzt genügend weit vorgeschritten, um die Regierung in den Stand zu setzen, ihre Vorschläge im Laufe des heutigen Tages zu erlassen.

Rathenau hatte gestern vormittag eine neue Unterredung mit dem Reichskanzler, bei der laut Morning Post beide ihre Ansichten eingehend und offen darlegten.

Daily Mail zufolge verlautet, daß die Minister im Finanzausschuß des Kabinetts einem Moratorium für die deutschen Schulden grundsätzlich zustimmen und zu der Ansicht gelangten, daß bei dem augenblicklichen Stande des deutschen Kredites und der deutschen Finanzen kein anderer Weg möglich sei. Man glaube, daß die französische Regierung dem britischen Plane zustimmen werde, vorausgesetzt, daß die französischen Interessen gewährleistet werden. Daily Telegraph weist auf den verständlichen Ton des geistlichen Zeitungsartikels im Temps hin.

Laut Times ist man in einflussreichen Kreisen immer noch der Ansicht, daß die Bezahlung der Januarrate weit weniger wichtig ist, als die Erzielung einer festen Grundlage für die deutschen Finanzen. Man halte es für möglich, daß das Steigen der Mark eine sehr ermutigende Wirkung auf die Leute in Deutschland haben werde, die bereit seien eine ernste Anstrengung zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zu machen.

Dubois über die Gewährung eines Moratoriums.

Paris, 2. Dezember. Ueber die Haltung der Reparationskommission bei einem eventuellen Antrage auf Bewilligung eines Moratoriums in Deutschland hat deren Präsident Dubois sich dahin geäußert, daß kein solcher Antrag von der deutschen Regierung eingegangen sei. Wenn dieser Antrag gestellt werde, dann werde die Reparationskommission alles tun, um zu verhindern, den Feinden von gestern das Schauspiel der Unmöglichkeit zu geben.

Der besondere Wert dieser Äußerung ist, daß auch Herr Dubois, der als einer der schärfsten Gegner jeder Modifikation der Bonhorer Zahlungspläne gilt, es vermeidet, sich in irgendeiner Weise festzulegen.

Eine neue Rede Briands.

Le Havre, 2. Dezember. Der französische Ministerpräsident ist Freitag morgen an Bord des Transportschiffes „Paris“ in Le Havre eingetroffen. Zu seiner Begrüßungsrede sagte Briand dort, in Deutschland seien noch ungefähr sieben Millionen Soldaten, 250 000 Offiziere und Unteroffiziere in der deutschen Polizei und ungeheure Fabriken vorhanden, die Maschinengewehre, Gewehre und Kanonen herzustellen imstande seien. Jenseits Deutschlands und Polens liege ein ungeheures Reich im Zustande der Zerschlagung, das zu unbekannten Zwecken eine Armee von 1 1/2 Millionen Menschen unterhalte. Jedes Land trage seine eigene Verantwortung in voller nationaler Souveränität. Aber wenn Frankreich sich selbst überlassen werde, dann müsse es auch von seiner Freiheit Gebrauch machen dürfen. Die Sprache Frankreichs sei in Washington vollkommen verstanden worden. Es habe die feste Überzeugung, daß auf der Konferenz von Washington nichts erwachsen könne, was der Freiheit und Sicherheit Frankreichs gefährlich werden könnte. In einer Demokratie wie Frankreich können die Bürger einer vor dem anderen Lösung haben ohne die eigene Meinung aufzugeben. Während des Kampfes hätten alle Verbündeten nur an den Sieg gedacht. Aber sie hätten, nachdem Monate und Jahre vergangen seien, die Meinungen nicht auseinandergehen lassen. Aber mitunter gebe es gemeinsame Interessen und so gut man könne, bleibe man einig. So handle man unter Offizieren und so bemühe er sich, trotz der Schwierigkeiten seine Aufgabe durchzuführen.

Paris, 2. Dezember. Briand ist heute nachmittag in Paris angekommen. Er erklärte einem Vertreter von Savas, Frankreich sei bereit, jedem Vorschlag zur Befriedung der Mütterungen zuzustimmen. Es verlange aber als Gegenleistung greifbare Vorschläge. Morgen wird Briand im Ministerrat einen Ueberblick über die Lage geben und sich alsdann vor dem Parlament aussprechen.

Straßenkundgebung chinesischer Studenten in Washington.

Washington, 3. Dezember. (U.) Vor dem Gebäude des chinesischen Hauptquartiers hatten sich am Freitag chinesische Studenten versammelt, die Schmähsprüche gegen die im Hause weilen den Delegierten ihres Heimatlandes ausbrachten. Als die Delegierten erschienen, wurden sie von den Demonstranten umringelt. Der Sprecher der Studenten hatte eben die Forderung vorlesen, China müsse auf bedingungsloser Rückgabe von Schantung bestehen, als sich die Automobile in Bewegung setzten und schreiend davonfuhr. Der Sprecher der Studenten hatte eben die Forderung vorlesen, China müsse auf bedingungsloser Rückgabe von Schantung bestehen, als sich die Automobile in Bewegung setzten und schreiend davonfuhr. Der Sprecher der Studenten hatte eben die Forderung vorlesen, China müsse auf bedingungsloser Rückgabe von Schantung bestehen, als sich die Automobile in Bewegung setzten und schreiend davonfuhr.

Die Zeit drängt.

Die bereits angekündigte Mahnote der Reparationskommission ist vor wenigen Stunden bei der deutschen Reichsregierung eingelaufen. Sie fordert, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um die beiden demnächst fälligen Reparationsraten bescheiden zu können. Dr. Wirth hatte der Garantiekommision vor der Abreise nach Paris bestimmte Zusicherungen gegeben, die in einer weiteren Note bekräftigt werden sollten. Anscheinend ist diese Note nicht abgegangen, andererseits aber hat auch die Regierung bisher nicht allzu viel getan, um den feinerzeitigen Versprechungen nachzukommen. Die wichtigste Frage der Lösung ist die endgültige Regelung der Steuerfrage. Der Steuerausschuß tagt seit Wochen, ohne daß bis heute ein greifbares Resultat in der wichtigsten Steuerfrage, der Erfassung der Goldwerte, zu verzeichnen sei. Nur diese Form der Steuer ist imstande, das Gleichgewicht im Staatshaushalt des Deutschen Reiches herbeizuführen und die Notenmaschine stillzulegen. Drei Wochen trennen uns noch von Weihnachten, bis dahin müßte die Steuerfrage erledigt sein, sofern die Regierung den ernststen Willen hat, eine Lösung im Sinne der feinerzeitigen Versprechungen überhaupt zu finden.

Der Verlauf der Verhandlungen im Steuerausschuß des Reichstags sieht nicht danach aus, als ob eine baldige Lösung zu erwarten sei. Darauf läßt auch die Meldung schließen, daß der Zusammentritt des Plenums erneut auf zwei Wochen hinausgeschoben worden ist. Ueber das Kreditangebot der Industriellen haben wir seit Wochen nichts Positives mehr gehört, und noch immer warten wir auf die Erfüllung der Versprechungen des Reichskanzlers, eine „positive Darstellung“ über den Stand dieser Frage zu geben. Wir warten vergeblich und selbst der Vorwärts mahnt: die Frist laufe ab, aber die Regierung zaudere. Das Verhalten der Regierung im Steuerausschuß ist geradezu unerträglich, um so mehr, als selbst bürgerliche Kreise sich gegen das dauernde Zurückweichen der Regierung gegenüber ihren eigenen Steuervorschlägen erregen. „Wollen wir“, so fragt die demokratische Frankfurter Zeitung, „hiermit und mit anderem wirklich solange warten, bis wir ein neues Ultimatum der Entente oder ein neues Ultimatum der Schwerindustrie haben?“

So spricht eine bürgerliche Zeitung, die es allerdings mit ihrer demokratischen Politik ernst meint, und die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit muß mit um so größerer Schärfe dahin drängen, daß sie zaudernde Regierung endgültig zu Entschlüssen kommt. Aber es ist schon so, wie die Frankfurter Zeitung schreibt, daß die Inaktivität tatsächlich zu einer „entscheidenden Nebenregierung im Staate“ geworden ist, trotz des Koalitionskabinetts, in dem neben den Zentrumsleuten die Rechtssozialisten ausschlaggebende Bedeutung haben. Wenn der pflanzenweiche Herrmann im Steuerausschuß zurückweicht, dann wäre es Aufgabe der rechtssozialistischen Kabinettsmitglieder, ihn entsprechend zur Ordnung zu rufen, und, wie selbst der Vorwärts verlangt, dahin zu drängen, daß ein Abbruch endlich gefunden werden. Dabei ist man um die wichtigsten der Steuervorlagen, die Erfassung der Goldwerte, noch immer wie die Kacke um den heißen Brei herumgegangen und wartet scheinbar schneidig auf die Angebote der Industriellen, die vielleicht kommen werden, dann aber zweifellos so ungenügend sind, daß sie für eine Regelung des Staatshaushalts und der Erfüllungspflichten gar nicht ernsthaft in Frage kommen. Was die Industriellen bringen könnten, wäre lediglich ein Tropfen auf einen heißen Stein, um obendrein dagegen die Erhaltung der Sachwerte einzuhandeln zu können.

Der Vorwärts warnt weit. Aber seine Warnungen werden aussichtslos bleiben, da eben, wie die Frankfurter Zeitung schreibt, die Nebenregierung der Industrie im Staate schier unüberwindlich geworden ist. Die Industriellen haben die wirtschaftliche Macht vollkommen unbeschränkt in den Händen und gerade die Rechtssozialisten sind es gewesen, die durch eine dauernde Sabotage aller Sozialisierungspläne die Untergrabung der Macht unserer schärfsten Klassengegner dauernd verhindert haben. Die Arbeiterklasse drängt, und in Weimar hätten selbst die Scheidemann e t t i quanti, daß die Notwendigkeit bestehe, der Lösung der Sozialisierungsfrage näherzutreten. „Die Sozialisierung sei auf dem Marsche“, so wurde damals in allen Zeitungspalten und an allen Litfaßsäulen dem gesamten deutschen Volke verkündet. Bis zum heutigen Tage aber sind wir um keinen Schritt weiter gelangt, im Gegenteil, die Industriellen haben ihre Macht befestigt, sie sind stärker als je zuvor. Die Rechtssozialisten sind schuld daran, wenn die Industriellen erneut eine derartige Machtposition erlangen konnten. Dagegen forderte die USPD, seit den Tagen der Revolution unausgesetzt, daß man nicht allein bestrebt sein dürfe, die politische Gewalt in die Hände der Arbeiterklasse zu bringen, sondern daß man ebenso bestrebt sein müsse, die wirtschaftlichen Grundlagen der bestehenden Klasse zu unterhöhlen. Die Sozialisierung der Bergwerke ist gescheitert an der ablehnenden Haltung der Rechtssozialisten. Heute jammert der Vorwärts darüber, daß die Regierung zaudere, die